

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Zweynert, Joachim

Article

Wirtschaftskultur und Transformation

Wirtschaftsdienst

Suggested citation: Zweynert, Joachim (2006) : Wirtschaftskultur und Transformation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Vol. 86, Iss. 12, pp. 801-808, doi:10.1007/s10273-006-0597-6 , <http://hdl.handle.net/10419/42607>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

Joachim Zweynert*

Wirtschaftskultur und Transformation

Die neoklassische Wirtschaftstheorie hatte die kulturelle Einbettung des Wirtschaftens nicht berücksichtigt. Die neuere Wirtschaftsforschung geht aber davon aus, dass die Kultur eine Rolle spielt. Wie wirken sich kulturelle Traditionen auf die wirtschaftliche Entwicklung aus? Welchen Einfluss hat die Kultur auf den Transformationsprozess?

Die Frage, inwieweit es nötig sei, kulturelle Faktoren bei der Analyse wirtschaftlicher Prozesse einzu- beziehen, ist alles andere als neu. Sie wurde schon vor rund 200 Jahren von dem deutsch-russischen Klassiker Heinrich von Storch (1766-1835) und seinem Zeitgenossen Karl Heinrich Rau (1792-1870) kontrovers diskutiert. In seinem Hauptwerk *Cours d'économie politique* (1815) hatte Storch Adam Smith des Materialismus bezichtigt¹ und einen Versuch unternommen, die klassische Wirtschaftslehre durch eine „ökonomische Theorie der Zivilisation“ zu ergänzen. Diese Idee war durch das Problem der wirtschaftlichen Rückständigkeit Russlands gegenüber Westeuropa angeregt. Storch wollte zeigen, dass in der langen Frist der Wohlstand der Nationen nicht von der Ausstattung mit materiellem Kapital, sondern auch von der mit „inneren Gütern“, wie unter anderem „Schöngefühl, Sittlichkeit, Glauben“ usw., abhinge.

Karl Heinrich Rau, der den *Cours* ins Deutsche übertragen hatte,² wies diesen Entwurf zurück. Er argumentierte, eine Einbeziehung immaterieller Faktoren verwässere den Erkenntnisgegenstand der Politischen Ökonomie und berge so die Gefahr, dass sie in den allgemeinen Staatswissenschaften (wir würden sagen: den Sozialwissenschaften) aufgehen werde.³

In der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts bemühten sich die deutschen Historischen Schulen und die (älteren) amerikanischen Institutionisten darum, den Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlichem und kulturellem Wandel gerecht zu werden – und handelten sich dafür immer wieder Kritik ein. Der Umstand, dass es ihnen nicht gelang, ein konsistentes Lehrgebäude zu entwickeln, war einer der Gründe für den Triumphzug der neoklassischen Lehre

nach dem Zweiten Weltkrieg. Das für die Neoklassik konstitutive Konstrukt des homo oeconomicus bedeutet, dass man von der sozialen und kulturellen Einbettung des Wirtschaftens abstrahiert. Dadurch werden auch die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft ausgeblendet, die sich nicht auf die Nutzenkalküle vollständig oder eingeschränkt rationaler Akteure zurückführen lassen.

Nachdem die Neoklassik für mehrere Jahrzehnte die Volkswirtschaftslehre dominiert hat, hat sich die Kritik an ihr in den letzten Jahren entscheidend verstärkt – und zwar nicht nur von Vertretern heterodoxer Strömungen, sondern auch von Ökonomen, die sich eigentlich dem Mainstream verpflichtet fühlen. Die entscheidende Ursache dafür ist darin zu sehen, dass die strikte Grenzziehung zwischen der Wirtschaftswissenschaft und den anderen Sozialwissenschaften der ökonomischen Realität im Zeitalter der so genannten „Globalisierung“⁴ nicht gerecht wird. Aus heutiger

* Dieser Aufsatz resultiert aus dem gemeinschaftlich von der Universität Hamburg und dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv durchgeführten Forschungsprojekt „Die historisch-kulturelle Pfadabhängigkeit der Transformationsprozesse in ehemals sozialistischen Ländern des Ostseeraums und ihre Bedeutung für die Erweiterung der EU“. Das Projekt wird von der VolkswagenStiftung gefördert.

¹ Dieser Vorwurf erscheint aus heutiger Sicht kaum gerechtfertigt. So hat etwa Kenneth E. Boulding überzeugend nachgewiesen, welche bedeutende Rolle die „cultural matrix“ bei Smith spielt. Vgl. K. E. Boulding: *Toward the Development of a Cultural Economics*, in: *Social Science Quarterly*, Vol. 53, Nr. 2, 1972, S. 267-284.

² H. Storch: *Handbuch der National-Wirtschaftslehre*, aus dem Französischen, mit Zusätzen von Karl Heinrich Rau, 3 Bde., Hamburg 1819-20.

³ Vgl. K. H. Rau: *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*, 6. Aufl., Bd. 1, Leipzig, Heidelberg 1855, S. 58.

⁴ Die populäre Verwendung dieses Begriffs ist insoweit problematisch, als Wirtschaftshistoriker immer wieder darauf hinweisen, dass die internationale Verflechtung von Kapital und Märkten kein neues Phänomen darstellt. Es sei sogar fraglich, so argumentieren einige von ihnen, ob man heute bereits das Ausmaß an Globalisierung überschritten habe, das am Vorabend des Ersten Weltkrieges erreicht worden war. Vgl. etwa P. Hirst, G. Thompson: *Globalization in Question. The International Economy and the Possibilities of Governance*, 2. Aufl., Cambridge 2005.

PD Dr. Joachim Zweynert, 36, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Europäische Integration im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA).

Sicht ist es kein Zufall, dass die Blütezeit der neoklassischen Lehre mit dem politischen Zeitalter des Kalten Krieges zusammenfiel. Denn die umwälzenden Veränderungen seit Ende der 1980er Jahre machen deutlich, in welchem Maße die Aufspaltung der Welt in zwei feindliche Blöcke die weltweite Entwicklungsdynamik – und dies nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet – gebremst hat. So lange in der Wirklichkeit keine tiefgreifenden Wandlungsprozesse zu beobachten sind, ist es relativ unproblematisch, das Verhältnis zwischen der Wirtschaft und den anderen Teilbereichen der Gesellschaft auszublenden bzw. als gegeben anzunehmen. Wirtschaftliche Umbruch- oder Transformationsperioden sind hingegen dadurch gekennzeichnet, dass sich die Relationen zwischen den gesellschaftlichen Teilbereichen verschieben. Während die neoklassische Theorie hinsichtlich dieses Problems einen blinden Fleck aufweist,⁵ stand das Wechselspiel zwischen Wirtschaft und Gesellschaft im Zentrum der älteren institutionalistischen Ansätze, und dies erklärt die neuerliche Relevanz ihrer Fragestellungen.

So reflektiert der Historismus in der deutschen Wirtschaftswissenschaft klar und deutlich ein Transformationsproblem, nämlich den Übergang von einer feudalen zu einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das eigentliche Problem lautete für den Begründer der jüngeren Historischen Schule Gustav Schmoller, wie soziale Kohäsion in einer Gesellschaft wiederhergestellt werden könne, deren patriarchalische Beziehungen gelöst waren, ohne dass bisher andere (z.B. geldwirtschaftliche) Bindungen an ihre Stelle getreten waren.⁶ Im Zuge der rapiden wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ließ sich beobachten, dass benachbarte Gebiete, die über ähnliche ökonomische Ausgangsbedingungen verfügten, sich unterschiedlich rasch entwickelten. Diese Beobachtung veranlasste Max Weber, Überlegungen über christliche Konfessionen und wirtschaftliche Entwicklung anzustellen, die ihren Niederschlag in seiner berühmten Studie „Die protestantische Ethik und der ‚Geist‘ des Kapitalismus“ fanden.⁷

⁵ Dies ist übrigens für eine Vielzahl wirtschaftswissenschaftlicher Fragestellungen völlig unproblematisch. Insofern halte ich ausgesprochen wenig von der Fundamentalkritik am neoklassischen Paradigma, wie es in bestimmten Kreisen der ökonomischen Zunft schon seit einigen Jahren in Mode ist.

⁶ Vgl. zu Schmollers Ideen im Kontext der zeitgenössischen Globalisierungswelle H. R i e t e r, J. Z w e y n e r t: Gustav Schmoller and Globalisation, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 126, Nr. 2, S. 225-250.

⁷ M. W e b e r: Die protestantische Ethik und der „Geist“ des Kapitalismus, Textausgabe auf der Grundlage der ersten Fassung von 1904/05 mit einem Verzeichnis der wichtigsten Zusätze und Veränderungen aus der zweiten Fassung von 1920, München 2006.

Methodische Grundlagen

Solche Fragestellungen sind wieder aktuell. Im Zeitalter der „Globalisierung“ haben viele Menschen den Eindruck – ob zu Recht oder zu Unrecht, steht hier nicht zur Disposition –, die zunehmende „Ökonomisierung“ verschiedener Lebensbereiche bedrohe die gewachsenen Traditionen und untergrabe den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und sowohl in bestimmten Regionen Asiens als auch im östlichen Europa kann man heute erneut beobachten, wie benachbarte Gebiete mit ähnlichen Ausgangsbedingungen bei der Reform ihrer politischen wie wirtschaftlichen Systeme unterschiedlich rasch vorankommen oder sogar entgegengesetzte Entwicklungspfade einschlagen. Bei beiden Beobachtungen handelt es sich um Probleme, die (1) die Interaktion von Wirtschaft und Gesellschaft betreffen und (2) tiefgreifende Wandlungsprozesse reflektieren.

Ein drittes für die wirtschaftskulturelle Transformationsforschung⁸ entscheidendes Problem besteht in der Ungleichzeitigkeit der sozialen Entwicklung. Befassen wir uns mit dem Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Kultur, dann geht es immer auch um das Verhältnis zwischen ökonomischer Realität auf der einen und um die Ideen, Werte und Vorstellungen, die die Menschen im Kopf haben, auf der anderen Seite. Ohne eine Aussage über mögliche Kausalitäten zwischen materieller und ideeller Entwicklung machen zu müssen, kann man davon ausgehen, dass sich ohne „störende“ exogene Einflüsse in Gesellschaften langfristig eine ungefähre Übereinstimmung zwischen sozialer Realität und den diese Realität betreffenden Denkmustern herausbilden wird. Diese Muster sollen hier mit Arthur T. Denzau und Douglass C. North als „shared mental models“ bezeichnet werden.⁹ Nachholende Entwicklung stellt in der Wirtschaftsgeschichte weniger einen Sonder-, als vielmehr den Regelfall dar. Sie bedeutet, dass Länder die Wirtschaftsweise fortgeschrittener Länder imitieren, und dabei – wenn sie den Abstand verringern wollen – ein hohes Tempo vorlegen müssen. Unter der plausiblen Annahme, dass sich Denkmuster als Bestandteil der informellen Institutionen

⁸ Dieser Begriff wurde von Hans-Hermann Höhmann im Kontext der Transformationsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa in den wissenschaftlichen Diskurs eingefügt. Vgl. H.-H. H ö h m a n n: Vorwort, in: ders. (Hrsg.): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation, Bremen 1999. Meines Erachtens ist die Interaktion von Wirtschaft und Kultur überall dort von entscheidender Bedeutung, wo es um einen grundlegenden Wandel des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft geht. Das gilt nicht ausschließlich für die ehemaligen Ostblockländer, sondern auch für viele Schwellen- und Entwicklungsländer weltweit.

⁹ A. T. D e n z a u, D. C. N o r t h: Shared Mental Models: Ideologies and Institutions, in: Kyklos, 47. Jg., Fasc. 1, S. 3-31.

langsamer wandeln als formelle Institutionen,¹⁰ kommt es bei nachholender Entwicklung potentiell zu einer Diskrepanz zwischen beiden. Kann diese Kluft nicht in absehbarer Zeit geschlossen werden, so drohen nicht nur Wohlfahrtsverluste, sondern auch politische Instabilität. Da indes die Wirtschaftswirklichkeit eine Rückwirkung auf die vorherrschenden *shared mental models* hat, kann man davon ausgehen, dass mittel- bis langfristig eine neue Gleichgewichtstendenz besteht.

Die Idee des Institutionentransfers

Zwischen den länder- oder kulturraumspezifischen Prägungen einerseits und der Notwendigkeit, im internationalen wirtschaftlichen (aber auch politischen und militärischen) Wettstreit bestehen zu können andererseits, besteht regelmäßig ein Spannungsverhältnis, das in der Literatur zur Transformation und zur Globalisierung viel zu selten ausreichend thematisiert wird. Nach wie vor bezieht die Mehrheit der Ökonomen kulturelle Faktoren nicht in die Analyse ein und geht grundsätzlich davon aus, dass ökonomisch „vernünftige“ Reformkonzepte grundsätzlich an allen Orten und zu allen Zeiten greifen. Die Autoren, die versuchen, der kulturellen Dimension des Wirtschaftens gerecht zu werden, fallen nicht selten ins andere Extrem. Innerhalb dieser Literatur lassen sich zwei Strömungen unterscheiden. Eine ganze Reihe von Autoren, die zumeist aus der Neuen Wachstumstheorie stammen, haben in den letzten Jahren ökonometrische Untersuchungen zum Einfluss kultureller Faktoren – vor allem von Religion und Vertrauen – auf Wachstum und Entwicklung vorgelegt.¹¹ Einen ganz anderen Ansatz vertreten die Anhänger der Neuen Institutionenökonomie, die das Thema „Kultur“ in letzter Zeit wiederentdeckt haben.¹² Sie berufen sich auf die Idee der Pfadabhängigkeit,¹³ wenn sie argumentieren, dass „history matters“, weil bestimmte kulturelle Traditionen und Wertvorstellungen die Bahnen vorgeben, auf denen sich

der institutionelle Wandel in bestimmten Ländern oder Kulturräumen bewegt.

Bei allen Unterschieden zwischen beiden Richtungen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, haben sie zwei Dinge gemein: Erstens bleibt die politische Ebene ausgeklammert, wodurch notwendig auch das Problem der Ungleichzeitigkeit unter den Tisch fällt. Zweitens wird der Zusammenhang zwischen Kultur und Wirtschaft als einseitige Kausalität dargestellt. Kultur ist hier eine exogene und unveränderliche Größe, die als Erklärung für alles herhalten muss, was sich mit herkömmlichen Methoden nicht erklären lässt.¹⁴ Das birgt die Gefahr eines kulturalistischen Fatalismus, demzufolge die Prosperität von Nationen weniger von der Wirtschaftspolitik als vielmehr von kurz- und mittelfristig kaum veränderbaren kulturellen Prägungen abhängt. Sicherlich ist das Theorem der Pfadabhängigkeit bestens geeignet, um die Persistenz wirtschaftlicher und sozialer Arrangements zu erklären, wie sie sich in vielen Ländern der Welt beobachten lässt. Die Wirtschaftsgeschichte kennt aber auch Beispiele für erfolgreiche Reformprozesse in Ländern, in denen dies aus kulturalistischer Sicht nicht zu erwarten war,¹⁵ und dies steht eindeutig im Widerspruch zur Idee der Pfadabhängigkeit. Ein weiteres Argument spricht gegen diese Idee: Reform- und Modernisierungsprozesse in „rückständigen“ Volkswirtschaften werden häufig durch äußere Schocks, wie z.B. weltwirtschaftliche Krisen oder Kriege angestoßen. Es sind also regelmäßig exogen bedingte Erschütterungen, die es erforderlich (und möglich) machen, von einem bestimmten Entwicklungspfad abzuweichen und die Weichen neu zu stellen.

Die Maßnahmen, die in solchen Reformphasen eingeleitet werden, orientieren sich in sich nachholend entwickelnden Ländern zumeist an ausländischen Vorbildern. Das aus Sicht der wirtschaftskulturellen Transformationsforschung entscheidende Problem lautet dann, wie die importierten formellen Institutionen mit den einheimischen *shared mental models* interagieren. Genau diese Fragestellung steht im Mittelpunkt der ursprünglich von Sozialwissenschaftlern entwickelten – und wohl nicht zufällig von russischen Ökonomen besonders intensiv rezipierten – Theorie des Institutionentransfers oder der Transplantation

¹⁰ Vgl. grundlegend dazu G. Roland: Understanding Institutional Change: Fast-Moving and Slow-Moving Institutions, in: Studies in Comparative International Development, Bd. 38 (2004), Nr. 4, S. 109-131.

¹¹ Vgl. stellvertretend für diese Literatur L. Guiso, P. Sapienza, L. Zingales: Does Culture Affect Economic Outcomes?, in: Journal of Economic Perspectives, Bd. 20, 2006, Nr. 2, S. 23-48; vgl. S. Knack, P. Keefer: Does Social Capital Have an Economic Payoff? A Cross-Country Investigation, in: S. Knack (Hrsg.): Democracy, Governance, and Growth, Ann Arbor, Michigan, 2003, S. 252-288.

¹² Zu nennen sind hier vor allem die neueren Arbeiten von D. C. North, die er in seinem jüngsten Buch „Understanding the Process of Economic Change“ (Princeton 2005) zusammengefasst hat, und im deutschen Sprachraum die von Helmut Leipold, der seit längerem auf diesem Gebiet forscht und gerade eine Monographie zur „Kulturvergleichenden Institutionenökonomie“ (Stuttgart 2006) vorgelegt hat.

¹³ Vgl. ausführlich dazu R. Ackermann: Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform, Tübingen 2001.

¹⁴ Vgl. zur Kritik daran N. Goldschmidt, B. Remmele: Anthropology as the basic science of economic theory: towards a cultural theory of economics, in: Journal of Economic Methodology, 12. Jg., Nr. 3, S. 455-469, hier S. 456.

¹⁵ Japan nach dem Zweiten Weltkrieg ist wohl das am häufigsten bemühte Beispiel dafür.

von Institutionen.¹⁶ Innerhalb ihrer lassen sich zwei Strömungen grob voneinander unterscheiden, nämlich ein „actors pulling in“ und ein „goodness of the fit“-Ansatz.¹⁷ Der erste betont die Rolle der politischen Akteure, von deren Geschick es abhängt, ob neue Institutionen dauerhaft verankert werden können. Die Anhänger des „goodness of the fit“-Ansatzes hingegen neigen zu der relativistischen Ansicht, dass nur solche Institutionen überhaupt transplantiert werden können, die grundsätzlich kompatibel mit der Kultur des Empfängerlandes sind.

Das Konzept des Institutionentransfers eröffnet eine Art „Dritten Weg“ zwischen dem naiven Glauben an die prinzipielle Übertragbarkeit politischer und wirtschaftlicher Institutionen in andere Länder einerseits und einem kulturalistischen Fatalismus, der im Extremfall dazu verleitet, bestimmten Ländern oder ganzen Kulturräumen die Reformfähigkeit grundsätzlich abzusprechen. Es steht in keiner Weise im Gegensatz zu ökonomischen Erklärungen institutionellen Wandels, sondern ergänzt sie um eine wichtige Dimension.

Die Transformationsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa aus wirtschaftskultureller Sicht

Im Folgenden soll am Beispiel Ostmittel- und Osteuropas veranschaulicht werden, wie ökonomische, politische und kulturelle Faktoren in den zwei Transformationen zusammenwirkten, die diese Länder im Verlauf des 19. und 20. Jahrhunderts durchliefen.¹⁸ Aus Sicht der wirtschaftskulturellen Transformationsforschung sind drei Faktoren für institutionellen Wandel in sich nachholend entwickelnden Volkswirtschaften ausschlaggebend, nämlich erstens die kulturellen Vermächtnisse, die im Sinne des Theorems der Pfadabhängigkeit die Bahnen bestimmen, auf denen sich Wandel unter Ausblendung exogener Einflüsse bewegt, zweitens der äußere Druck, der durch

den Wettstreit zwischen den Volkswirtschaften (oder auch zunehmend zwischen den Wirtschaftsblöcken) ausgelöst wird und drittens und entscheidend die Interaktion zwischen importierten formellen und heimischen informellen Regelwerken in den Phasen, in denen es zum massiven Institutionentransfer kommt.

Mit Alfred Müller-Armack¹⁹ ist davon auszugehen, dass religiöse Vermächtnisse eine besonders tiefe Schicht kultureller Prägungen darstellen und auch in weitgehend säkularisierten Gesellschaften von bedeutendem Einfluss auf die vorherrschenden Werte und Weltbilder sind. Betrachten wir den ehemaligen „Ostblock“ im Hinblick auf religiöse Prägungen, so fällt die kulturelle Grenze ins Auge, die zwischen den orthodox geprägten Ländern auf der einen und den protestantisch und katholisch geprägten Ländern auf der anderen Seite verläuft. Diese Grenze ist nicht nur beinahe identisch mit der heutigen Ostgrenze der EU,²⁰ sie markiert auch die Trennlinie zwischen einer Gruppe weitgehend erfolgreicher und einer Gruppe zumindest bisher weniger erfolgreicher Transformationsländer.²¹ Das im Hinblick auf die wirtschaftliche, aber auch die politische Entwicklung der orthodoxen Länder entscheidende Charakteristikum der orthodoxen Weltsicht ist in ihrem ausgeprägten Holismus zu sehen.²² Die Frage, ob dieser Holismus nun vor allem dem Umstand zuzuschreiben ist, dass dem orthodoxen Kulturraum das Erbe der griechischen Antike entging oder dass es nie zu einer wirklichen Trennung zwischen Staat und Kirche gekommen ist, muss hier ausgeklammert werden.²³ Festzuhalten ist nur, dass die Vorstellung einer institutionell differenzierten Welt, in der sich die Sphären der Religion, des Rechts, der Wirtschaft und der Politik deutlich voneinander abgrenzen lassen, im

¹⁶ Vgl. etwa B. Badie: *The Imported State. The Westernization of the Political Order*, Stanford, California 2000; vgl. V. M. Polterovich: *Transplantsia ekonomicheskikh institutov*, in: *Ekonomicheskaja nauka sovremennoj Rossii*, Nr. 3, 2001, S. 24-50; vgl. M. de Jong et al. (Hrsg.): *The Theory and Practice of Institutional Transplantation. Experiences with the Transfer of Policy Institutions*, Dordrecht et al. 2002; vgl. A. Oleinik: *The More Things Change, the More They Stay the Same: Institutional Transfers seen through the Lens of Reforms in Russia*, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XL, No. 4, 2006, S. 919-940.

¹⁷ Vgl. M. de Jong, V. Mamadouh: *Two Contrasting Perspectives on Institutional Transplantation*, in: dies. (Hrsg.): *The Theory and Practice of Institutional Transplantation*, a.a.O., S. 19-32.

¹⁸ Die folgende Darstellung lehnt sich an die ausführlichere Darstellung in einem Beitrag an, den Nils Goldschmidt (Walter Eucken Institut, Freiburg im Breisgau) und ich gemeinsam verfasst haben. Vgl. J. Zweynert, N. Goldschmidt: *The Two Transitions in Central and Eastern Europe as Processes of Institutional Transplantation*, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XL; No. 4, S. 895-916.

¹⁹ Vgl. A. Müller-Armack: *Genealogie der Wirtschaftsstile. Die geistesgeschichtlichen Ursprünge der Staats- und Wirtschaftsformen bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts*, Stuttgart 1941, S. 104.

²⁰ Dieser Grenzverlauf ist nur hinsichtlich der Ukraine „falsch“: Denn die Westukraine, von der die „Revolution in Orange“ ihren Ausgang nahm, ist griechisch-katholisch geprägt und gehört insofern zum „lateinischen“ Kulturraum.

²¹ Vgl. dazu S. Panther: *Cultural Factors in the Transition Process: Latin Center, Orthodox Periphery?*, in: J. Backhaus (Hrsg.): *Issues in Transformation Theory*, Marburg 1997, S. 95-122.

²² Vgl. auch J. Zweynert: *Die „ganzheitliche Gesellschaft“ und die Transformation Russlands*, in: H.-H. Höhmann (Hrsg.): *Wirtschaft und Kultur im Transformationsprozeß. Wirkungen, Interdependenzen, Konflikte*, Bremen 2002, S. 10-35. Die im deutschen Sprachraum nach wie vor beste und ausführlichste Darstellung der russisch-orthodoxen Ethik bietet E. Benz: *Geist und Leben der Ostkirche*, Hamburg 1957.

²³ Vgl. dazu etwa A. Müller-Armack: *Zur Religionssoziologie des europäischen Ostens*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 61, 1945, S. 163-192; Andreas E. Buss: *The Russian-Orthodox Tradition and Modernity*, Leiden 2003.

Widerspruch zur vorherrschenden religiösen Prägung stand.²⁴

Dies war von entscheidender Bedeutung für die Interaktion der orthodoxen Länder mit dem westlichen Europa, dem gegenüber alle Länder Ostmittel- und Osteuropas eine nachholende Entwicklung durchliefen. Der westeuropäische Entwicklungspfad ist seit dem Mittelalter gekennzeichnet durch zunehmende funktionale Differenzierung, d.h., eine immer stärkere „Arbeitsteilung“ zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen. Dabei ist die Ausdifferenzierung eines ökonomischen Subsystems, und damit die grundsätzliche institutionelle Trennung zwischen Staat und Wirtschaft, noch relativ jungen Datums – sie vollzog sich ab der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Um einem Missverständnis vorzubeugen: Dass der europäische Entwicklungspfad durch zunehmende funktionale Differenzierung gekennzeichnet war und ist, impliziert nicht, dass dies eine – wie auch immer man das definieren will – „natürliche“ und unumkehrbare Entwicklung ist. Es ist aber eine historische Tatsache, dass der wirtschaftliche Erfolg des westlichen Europas und der USA immer mehr Länder dazu bringt, deren Entwicklungsmuster zu imitieren. Da dieses Muster im Wesentlichen auf dem Prinzip der funktionalen Differenzierung beruht, kann man sagen, dass Westeuropa und die USA einen Differenzierungsdruck auf andere Länder ausüben. „Globalisierung“ bedeutet aus der Perspektive sich nachholend entwickelnder Länder in erster Linie, dass dieser Außendruck nicht – wie etwa zu Zeiten des Kalten Krieges – auf politischem Wege abgeblockt wird, sondern sie sich der Herausforderung stellen müssen, die von weiter entwickelten Ländern ausgeht. In diesem Sinne waren die an der östlichen Peripherie Westeuropas gelegenen Nationen die ersten Länder, die sich mit dem Problem der Globalisierung konfrontiert sahen, und insoweit kann man aus ihrer Geschichte viel über heutige Globalisierungsprozesse lernen.

Spannung zwischen „shared mental models“ und Wirtschaftswirklichkeit

Es sei noch einmal betont: Erfolgreiche nachholende Entwicklung ist aufholende Entwicklung, und das bringt die Notwendigkeit mit sich, ein hohes Tempo vorzulegen. Die hieraus resultierende Spannung zwischen *shared mental models* und Wirtschaftswirklichkeit wird noch dadurch verstärkt, dass sich Reformprozesse zumeist nicht kontinuierlich, sondern in Schüben vollziehen. Die Ursache hierfür ist darin zu

sehen, dass, wie Douglass C. North hervorhebt, aus Sicht der Machthabenden regelmäßig ein Konflikt zwischen wirtschaftlicher Modernisierung und Erhaltung bzw. Ausbau der eigenen Machtbasis besteht.²⁵ Das ist auch der entscheidende Grund dafür, dass es häufig exogener Schocks bedarf, um Reformprozesse anzustoßen. Ein in der Geschichte besonders häufig anzutreffender Fall sind militärische Niederlagen, die den Herrschenden vor Augen führen, dass Reformen unausweichlich sind, will man im Wettstreit der Nationen bestehen.

Haben Reformprozesse erst einmal eingesetzt, so kommt es typischerweise zu einer Spaltung der Gesellschaft in „Westler“ (Reformbefürworter) und „Romantiker“ (Reformgegner). Was diese Lager trennt, ist nicht nur die Bewertung der wirtschaftlichen Modernisierung. Vielmehr geht es auch um die Frage der funktionalen Differenzierung der Gesellschaft: Während die „Westler“ die Erweiterung (= funktionale Differenzierung) der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung begrüßen, fordern die „Romantiker“, die Einheitlichkeit der Gesellschaft zu bewahren und ihre „Zersplitterung“ in klar abgegrenzte Lebensbereiche zu verhindern. Die Reformperiode in Russland unter Zar Alexander II. in den 1850er und 1860er Jahren, die durch die verheerende Niederlage im Krimkrieg (1853-1855) ausgelöst worden war, kann als Paradebeispiel einer durch einen exogenen Schock ausgelösten Modernisierungswelle gelten, die zu einer ideologischen Spaltung der Gesellschaft führte. Aber auch in der deutschen Geschichte finden sich Beispiele dafür. Man denke nur an die Niederlage Preußens/Deutschlands gegen Napoleon, die nicht nur den Anstoß für die Stein-Hardenbergschen Reformen gab, sondern auch zu einer erbitterten Debatte zwischen klassisch geschulten Wirtschaftsliberalen und einem romantischen Lager um Adam Müller führte, welches dafür eintrat, die „Einheitlichkeit“ der Gesellschaft zu wahren.

Die Stärke des Protests und die Anpassungsgeschwindigkeit der *shared mental models* hängen aber nicht nur vom Grad der wirtschaftlichen Rückständigkeit und vom Reformtempo ab. Genau an dieser Stelle kommen spezifische kulturelle Faktoren ins Spiel. Denn die in einer Gesellschaft vorherrschenden Denkmuster sind eben nie allein durch die soziale Wirklichkeit bedingt, sondern immer auch durch spezifische kulturelle Vermächtnisse. Versteht man nachholende Entwicklung vor allem als nachholende Differenzierung, kommt es in erster Linie darauf an, in welchem Maße die vorherrschenden kulturellen Vermächtnisse

²⁴ Vgl. H. Leipold: Kulturvergleichende Institutionenökonomik, a.a.O., S. 226-227.

²⁵ Vgl. D. C. North: Structure and Change in Economic History, in: Norton et al., 1981, 3. Kapitel.

durch holistische Muster geprägt sind. Denn je stärker dies der Fall ist, desto schwieriger wird es *ceteris paribus* in Reformphasen sein, die Kluft zwischen Denkmustern und Wirtschaftswirklichkeit zu überwinden.²⁶ Dies ist eine wichtige Teilerklärung dafür, warum die orthodoxen post-sozialistischen Gesellschaften heute so viel größere Schwierigkeiten als ihre katholischen und protestantischen Nachbarn haben, Demokratie und Marktwirtschaft nachhaltig zu etablieren.

Der ost-westliche Institutionentransfer

Aber das Ziel des hier vertretenen Ansatzes besteht ja gerade darin, nicht einseitig auf kulturelle Faktoren zu rekurrieren, sondern mit Hilfe der Idee des Institutionentransfers deren Wechselspiel mit der Politik ins Visier zu nehmen. Auch dieser Zusammenhang lässt sich am Beispiel Ostmittel- und Osteuropas sehr gut veranschaulichen. Die aufgrund des permanenten, von Westeuropa ausgehenden Differenzierungsdrucks teils freiwillige, teils militärisch erzwungene Anpassung an westeuropäische Muster ging nirgends reibungslos vonstatten. Aber schon im 18. und 19. Jahrhundert zeigte sich, dass die lateinischen Länder geringere Schwierigkeiten hatten, westliche Institutionen zu importieren als die orthodoxen. Gerade am Beispiel Russlands lässt sich deutlich zeigen, wie man – aber immer nur in jeweils relativ kurzen Phasen – bemüht war, westliche Institutionen zu verankern, die aber nur zum Teil Fuß fassen konnten, häufig aber zu eigentümlichen Hybriden aus importierten Mustern und eigenen Traditionen führten oder sogar ganz abgestoßen wurden. Trotz aller Widerstände und Hindernisse kann man jedoch auch im Falle Russlands von einer allmählichen „Verwestlichung“ sprechen, und am Vorabend des Ersten Weltkrieges hatte sich Russland in kultureller wie wirtschaftlicher Hinsicht so nah wie noch nie an Westeuropa angenähert.²⁷ Der erste Weltkrieg – also ein externes politisches Ereignis – markierte dann einen entscheidenden Bruch: Nach 1918 partizipierten die ostmitteleuropäischen Länder an dem Modernisierungsschub, den das westliche Europa damals erfasst hatte. In allen von ihnen wurden in der Zwischenkriegszeit demokratische Verfassungen

implementiert. In Russland hingegen trug der externe Schock des Ersten Weltkriegs wesentlich dazu bei, den Bolschewisten den Weg zur Macht zu ebnen. Deren erfolgreicher Putsch war definitiv kein vorherbestimmtes Resultat der russischen Geschichte, sondern in erster Linie auf das Machtstreben einer Gruppe politischer Unternehmer (bzw. Verbrecher) zurückzuführen. Aber es ist kaum vorstellbar, dass sich die russischen Kommunisten 70 Jahre an der Macht hätten halten können, wenn nicht die in Russland vorherrschenden „Weltbilder“ einen günstigen Nährboden für ihre Ideologie abgegeben hätten. Die Quintessenz der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bestand nämlich darin, dass sie die Ausdifferenzierung der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche partiell rückgängig machte, indem alles dem Diktat des Staates und seiner Ideologie untergeordnet wurde. In diesem Sinne lässt sich das sowjetische Modell als holistisch charakterisieren. Und noch heute – das belegen Meinungsumfragen immer wieder – ist es das Ideal einer Einheit von Staat und Wirtschaft, welches die Durchführung liberaler Reformen im post-sowjetischen Raum (mit Ausnahme des lateinisch geprägten Baltikums) erschwert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg zwang die UdSSR den ostmitteleuropäischen Ländern die sowjetische politische und wirtschaftliche Ordnung auf. Es kam zu einem politisch erzwungenen ost-westlichen Institutionentransfer. Entscheidend ist nun, dass die aus der Sowjetunion importierten Institutionen um so kompatibler mit den informellen Institutionen der „Empfängerländer“ waren, je stärker diese durch holistische Traditionen geprägt waren. Das war in den orthodoxen Ländern in deutlich höherem Maße der Fall als in den lateinischen. Zwar hatten die aus der Sowjetunion importierten Institutionen – wenn man die westeuropäische Moderne als Maßstab nimmt – in allen sozialistischen Gesellschaften eine demodernisierende Wirkung, aber sie war aufgrund der höheren kulturellen Kompatibilität in der Gruppe der orthodoxen Länder deutlich stärker als in den lateinischen Gesellschaften. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kam es erneut zu einem west-östlichen Institutionentransfer, dessen Intensität mit den Beitrittsvorbereitungen zur EU in einer Reihe ostmitteleuropäischer Staaten ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.²⁸ War die Kompatibilität der eigenen Kultur mit den importierten westlichen Institutionen in den lateinischen Ländern von jeher größer als in den orthodoxen Gesellschaften gewesen,

²⁶ Diese Aussage kommt übrigens ohne die explizite oder implizite Annahme kultureller Homogenität aus: Auch dort, wo holistische kulturelle Traditionen vorherrschen, wird es üblicherweise zur Spaltung in ein pro-westliches und ein romantisches Lager kommen – aber unter sonst gleichen Umständen wird das romantische Lager tendenziell stärker sein als dort, wo keine holistischen kulturellen Vermächtnisse die Weltsicht prägen.

²⁷ Die These, dass die russische Geschichte seit dem 18. Jahrhundert die Geschichte einer allmählichen „Verwestlichung“ ist, hat in letzter Zeit der herausragende russische Wirtschafts- und Sozialhistoriker Boris Mironov energisch vertreten. Vgl. B. N. Mironov: *The Social History of Imperial Russia, 1700 – 1917*, 2 Bde., Boulder, Colorado, 2000.

²⁸ Zum Einfluss des „wohlwollenden Diktators“ EU auf die Reformen in den Beitrittsländern vgl. E. Berglöf, G. Roland: *The EU as an „Outside Anchor“ for Transition Reforms*, SITE Working Paper 132, Stockholm 1997.

so erfuhr diese Ungleichheit eine bedeutende Verstärkung dadurch, dass die sowjetische Demodernisierung im orthodoxen Europa tiefere Wurzeln hatte schlagen können. Wenn diese These richtig ist, haben wir die rein kulturalistische Sicht der Dinge um die Dimensionen des Nutzenkalküls politischer Unternehmer und des Konkurrenzkampfes zwischen den Nationalstaaten (bzw. Wirtschaftsblöcken) erweitert. Auf diese Weise sind wir zu einer vollständigeren (was nicht heißt: vollständigen) Erklärung der Divergenz zwischen den orthodoxen und den lateinischen Ländern Ostmittel- und Osteuropas gelangt, wie sie sich heute beobachten lässt.

Wirtschaftspolitische Implikationen

Nun will die Volkswirtschaftslehre traditionell nicht nur erklären, sondern sie versteht sich als eine praktisch orientierte Wissenschaft. Welchen Beitrag also kann die wirtschaftskulturelle Transformationsforschung zur Gestaltung von Wirtschaftspolitik leisten? Aus der Sicht des Paradigmas des Institutionentransfers schließen sich historisch-kulturelle Pfadabhängigkeit institutionellen Wandels und seine politische Gestaltbarkeit keineswegs aus. Wirkliche Reformphasen, in denen es zu einer grundlegenden Neujustierung wesentlicher Elemente der Wirtschaftsordnung kommt, sind in der Regel von kurzer Dauer. Nur in ihnen ist es möglich, die Weichen institutionellen Wandels neu zu stellen. Eine solche Weichenstellung wird aber nur dann Erfolg haben, wenn es gelingt, ein Mindestmaß an kultureller Anschlussfähigkeit herzustellen. Das ist umso mehr ein Problem, als es – wie oben bereits erwähnt – bei nachholender Entwicklung in Reformphasen in der Regel zu einem Import formeller Institutionen aus dem Ausland kommt. Die oben bereits erwähnte „actors pulling in“- und die „goodness of the fit“-Perspektive des Institutionentransfers liefern jeweils wichtige Einsichten darüber, wie eine solche Anschlussmöglichkeit, eine solche kulturelle Kompatibilität hergestellt werden kann.

Der akteursbezogene Ansatz verweist darauf, dass kulturelle Kompatibilität nicht ausschließlich etwas objektiv Gegebenes ist, sondern auch auf politischem Wege erzeugt werden kann. Für den Erfolg des Institutionentransfers ist es dann entscheidend, dass es den politischen Akteuren gelingt, die Bevölkerung auf dem Weg der Reformen „mitzunehmen“. Dazu ist es nicht nur nötig, die Reformvorhaben plausibel zu erklären. Darüber hinaus müssen sie auf eine Weise kommuniziert und „verpackt“ werden, dass das, was eigentlich als „fremd“ empfunden wird, nun als „vertraut“ erscheint. Im Sinne einer guten Marketingstrategie muss

man sich sehr genau sowohl mit den geschichtlich bedingten kulturellen Vermächtnissen als auch mit den gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen befassen, in denen die Bürger ihre Präferenzen zum Ausdruck bringen. Alfred Müller-Armacks Idee einer „Sozialen Irenik“, die ja grundlegend für sein Konzept der Sozialen Marktwirtschaft war, kann als ein Musterbeispiel einer solchen Strategie dienen.²⁹ Denn sie zielte darauf ab, einen Kompromiss zwischen den widerstreitenden ideologischen Lagern im Deutschland der Nachkriegszeit zu finden. Und der Erfolg des Konzepts der „Sozialen Marktwirtschaft“ basierte wesentlich auch darauf, dass Müller-Armack ein Adjektiv an den Anfang stellte, das im deutschen politischen Diskurs bis dahin stets gegen den Kapitalismus ins Feld geführt worden war.

Aus Sicht der „goodness of the fit“-Perspektive kommt es entscheidend auf die richtige Institutionenwahl an. Das heißt, dass nur solche Institutionen importiert und implementiert werden können, die eine hohe kulturelle Kompatibilität aufweisen bzw. erwarten lassen. Zusätzlich muss geprüft werden, ob und in welchem Maße grundsätzlich kompatible Arrangements einer Anpassung an regionale Gegebenheiten bedürfen. Entsteht nämlich eine zu große Kluft zwischen formellen und informellen Regeln, so besteht die Gefahr, dass ein institutionelles Vakuum entsteht, das dann durch kriminelle Strukturen stabilisiert wird. Diese Überlegungen führen zu einer relativistischen Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen: Ein institutionelles Arrangement, das an einem Ort zu einer bestimmten Zeit hochgradig effizient ist, könnte sich in einem anderen kulturellen Nährboden als höchst ineffizient erweisen. Berücksichtigt man dies bei der Auswahl der zu importierenden Institutionen, so kann dies häufig dazu führen, dass Second-best-Lösungen vorzuziehen sind, wenn sie mit höherer Wahrscheinlichkeit erwarten lassen, dauerhaft implementiert werden zu können.

Um es etwas konkreter zu machen: Es wurde oben bereits erwähnt, dass die „lateinischen“ (also protestantisch und katholisch geprägten) Transformationsländer eine wesentlich bessere *transition performance* aufweisen als ihre orthodoxen Nachbarn. Tatsächlich sind bisher nur lateinische Länder der EU beigetreten. Jetzt aber steht der Beitritt zweier orthodoxer Länder, Bulgarien und Rumänien, bevor. Der Umstand, dass sie kulturell anders geprägt sind als die anderen neu-

²⁹ Vgl. dazu etwa N. Goldschmidt: Vertraute Marktwirtschaft, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 83. Jg. (2004), H. 8, S. 487-491; vgl. J. Zweynert: Shared Mental Models, Catch-Up Development and Economic Policy-Making. The Case of Germany after World War II and its Significance for Contemporary Russia, HWWA Discussion Paper Nr. 288, Hamburg 2004.

en Mitgliedstaaten, wurde in der bisherigen Diskussion um ihre Aufnahme kaum diskutiert. Damit soll nicht – im Sinne eines kulturalistischen Fatalismus – behauptet werden, diese Länder passten aufgrund ihrer orthodoxen Prägung nicht in die EU. Die beachtlichen Erfolge, die sie erzielt haben, seit Ihnen eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wurde, belegen ja gerade, was externer politischer Druck bewirken kann. Gleichzeitig darf man aber auch nicht übersehen, dass Bulgarien und Rumänien noch immer Probleme aufweisen, wie sie typisch für die orthodoxen Länder sind. Aus Sicht der Wirtschaftskulturforschung ist dies nicht überraschend, und die derzeitige Enttäuschung vieler europäischer Entscheidungsträger hätte vermieden werden können, wenn man die kulturelle Dimension rechtzeitig erkannt und Strategien entwickelt hätte, um die Anschlussfähigkeit zwischen importierten EU-Institutionen und den vorherrschenden informellen Regelwerken zu verbessern.

Auch wenn hier hauptsächlich am Beispiel Ostmittel- und Osteuropas argumentiert wurde, sei abschließend nochmals betont: Die wirtschaftskulturelle Transformationsforschung ist grundsätzlich geeignet, zu einem besseren Verständnis der Modernisierungsprozesse in Schwellen- und Entwicklungsländern beizutragen. Im Wesentlichen geht es dabei – in den treffenden Worten von Volker Nienhaus – darum, „zu erkennen, was die Haltung der Menschen gegenüber Institutionen in einem bestimmten Gebiet geprägt hat, um die Bedingungen für eine dauerhafte Akzeptanz und einen nachhaltigen Erfolg entwicklungsfördernder Institutionen und einer darauf gerichteten Politik zu identifizieren“.³⁰ Um dies leisten zu können, bedarf die – auf ihrem Gebiet recht erfolgreiche – quantitative Wirtschaftsforschung einer Ergänzung durch qualitative Methoden. Sicher birgt dies die schon von Karl Heinrich Rau thematisierte Gefahr, dass die Grenzen zwischen Ökonomie und den Sozialwissenschaften fließend werden, ja mehr noch: dass auf die Phase des „ökonomischen Imperialismus“ eine partielle „Soziologisierung“ der Volkswirtschaftslehre folgen wird. Dieses Risiko ist aber gering angesichts der Gefahr, dass Ökonomen andernfalls kaum etwas zu einer ganzen Reihe von Problemen sagen können, die mit der so genannten „Globalisierung“ verbunden sind.

³⁰ Vgl. V. Nienhaus: Kultur und Wirtschaftsstil – Erklärungsansätze für die Systemdynamik und Systemeffizienz in Entwicklungsländern?, in: D. Cassel (Hrsg.): Perspektiven der Systemforschung, Berlin 1999, S. 89-118, S. 93.